

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Abfassung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheinung mit Ausnahme des Montag täglich 164

## Das betrogene Kleinbürgertum.

Das Eintreten der deutschen Bürgerpartei für die Fülle bedeutete eine jähere Verjüngung an den Interessen der arbeitenden Klassen. Betrogen sind vor allem jene Arbeiter, welche am 15. November 1925 ihre Stimme für den Bund der Landwirte und die Christlichsozialen abgegeben haben. Sie haben, weil sie glaubten, die Sozialdemokratie habe, was 1918 und 1919 erwartet wurde, nicht genug rasch erfüllt, Schutz gesucht bei den bürgerlichen Parteien und sehen sich nun fürchtbar enttäuscht. Ihen ihre Lebenshaltung gefährdet, sich ausgeliefert den großen Profitmachern in Stadt und Land. Dem Landarbeiter hat man eingeredet, er müsse für die Agrarier stimmen, denn das ganze Landvolk gehöre zusammen, sei eine Familie und solle daher eine Partei wählen. Aber die Großbauern, die jetzt einen schönen Ubergewinn über den Weltmarktpreis erzielen werden, werden ihren Anichten und Wägden nicht die Löhne erhöhen. Und ebenso werden jene Frauen des arbeitenden Volkes, die der Glaube an das Althergebrachte in die Reihen der Christlichsozialen geführt hat, bitter enttäuscht sein, wenn sie noch schwerer als bisher mit dem geringen Lohn des Mannes die Ausgaben für eine mehrköpfige Familie werden bestreiten sollen, wenn das Einkommen daselbe bleibt und die Preise von Mehl und Brot, Reis und Erbsen, Fett und Fleisch in die Höhe klettern werden, und wenn bei der allgemeinen Not der Herr Pfarrer und der Herr Kaplan säumig sind ihrer Wirtschaftlerin ein höheres Wirtschaftsgeld werden auszahlen können. So wird sich die Erkenntnis in den Gehirnen Bahn brechen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen, die im vergangenen Winter einer bürgerlichen Partei ihre Stimme gegeben haben, eben falsch gewählt und sich ins eigene Fleisch geschnitten haben.

Aber auch das Kleinbürgertum in Stadt und Land — Kleinlandwirte, Kaufleute, Handwerker — mühten ein wenig über die Haltung ihrer parlamentarischen Vertreter nachzudenken beginnen. Die Kleinbauern und Häusler, die sich schon für Agrarier halten, wenn sie zu der einen Anh, die sie halten, eine zweite laufen können, werden beim Kauf von Mehl, Brot, Fett und Fleisch, ja sogar von Kunstbäcker merken, daß die Fülle sie nur benachteiligen. Die etwaigen Mehreinnahmen an Korn und Kartoffeln wiegen federleicht gegenüber den Mehrausgaben bei den wichtigsten Lebensmitteln. Und die deutschen Gebirgsbauern, auf deren Feldern der Weizen nicht gedeiht, werden eine sonderbare Vorstellung vom Deuschtum des agrarischen Professors an der einzigen deutschen Universität des Staates bekommen, wenn sie merken werden, daß der Weizen- und Mehlzoll ihnen nichts, aber den tschechischen Mehlzollgebern, die ihre Güter um einen Pappenstiel erworben haben, Tausende einbringt. Sagte doch der agrarische Sekretär des nördlichen Böhmerwaldes vor wenigen Tagen in einer Versammlung selbst, daß den deutschen Gebirgsbauern — also gerade diejenigen, die sich im Schwelge ihres Angehüdes abmühen, dem mageren Boden etwas abzugewinnen — die Getreidezölle nichts nügen.

Noch mehr in die Augen springt aber der Betrug, der an dem städtischen Kleinbürger, dem Gedatter Schuster, Schneider und Krämer verübt worden ist. Die Gewerbetreibenden und Kaufleute werden alles teurer bezahlen müssen wie der Arbeiter, sie werden die Teuerung ebenso spüren wie diese. Nun hat aber der Herr Abgeordnete Stenzl das Märchen aufgetischt, die Gewerbetreibenden und Kaufleute am Lande würden infolge der erhöhten Kaufkraft der Bauern gewinnen. Welch ein Unsinn! Keine zehn Prozent der Bevölkerung werden Nutznießer der Getreidezölle sein, aber neun Zehntel der Bevölkerung werden darunter leiden, ihre Kaufkraft wird geringer. Die Großbauern kaufen ja überhaupt keine

Lebensmittel, haben sie doch Butter und Eier, Mehl und Geflügel, Speck und Fleisch in Menge. Der größte Teil der Menschen aber wird weniger kaufen und den Kaufleuten und Gewerbetreibenden wird es infolge der „Augen“ Politik der Stenzl-Deute noch schlechter gehen. Sie haben jahrelang nach einer selbständigen Gewerkepartei gerufen. Die Stinkbombe des Baeran hat uns als dessen Mandatnachfolger den Herrn Stenzl beschieden, das Bündnis mit dem Bund der Landwirte hat die Rechte aus Mährisch-Trübau zum „Führer“ von ein paar parlamentarischen Gewerbetreibern gemacht und die erste große Tat der niedlichen Gesellschaft sind die Fülle, welche die Existenz der Wähler der Gewerkepartei bedrohen. Daß diese Erkenntnis auch über die Reihen des Proletariats hinaus bis in die Köpfe derjenigen dringt, welche bis nun die stärksten Stützen der Gewerkepartei gewesen sind, lehrt die auch von uns veröffentlichte Entschließung des mährischen Kaufmannstages.

Die Politik der Herren Spina, Mayr-Harting und Stenzl ist gewiß niemals die Politik der Arbeiter gewesen, aber sie hört auch auf jene des Kleinbürgertums zu sein. Wohl erhält das Kleinbürgertum noch armliche Konzessionen — siehe den Beschluß des Abgeordnetenhauses über die Gremialkrankenkassen — aber die wiegen federleicht gegenüber dem Raub, der durch die Agrarzölle auch an den Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Wählern begangen wurde. Die Fülle sind im Interesse von ein paar großen Grundbesitzern und Großindustriellen, von den letztern insbesondere derjenigen, die unter dem Schutz der Zinobank Banka stehen. Der Zinobank nützen die Fülle mehr, als allen Gewerbetreibenden des Staats zusammen. Die Hochzollpolitik der Landhändler, Christlichsozialen und der Agrarier im Geiste, der Gewerkepartei, ist nicht Politik im Interesse des Kleinbürgertums, sondern in erster Linie kapitalistische Politik. Das Kleinbürgertum, für dessen politische Stellungnahme leider vielfach der Haß gegen die Arbeiterchaft maßgebend ist, gerät unweigerlich in diesem Kampfe gegen die Arbeiterchaft unter die Vormachtigkeit des Großkapitals, das die Existenz des Kleinbürgertums vernichtet und dem das Kleinbürgertum nur Werkzeug ist, die Reserve, aus der es bei Wahlen seine Stimmen holt und die es durch den Kampf gegen den Sozialismus und durch ein paar armelige Proben — zum Beispiel Befähigungsnachweis! — immer wieder fördert. Wie die vom Kleinbürgertum ins Leben gerufenen politischen Parteien zu großbürgerlichen Parteien werden, sieht man besonders deutlich in Oesterreich, wo die Christlichsozialen, die unter Vogelsang und Luegers, Schneiders und Pieloslawets Führung auszuweisen das „jüdische“ Kapital zu vernichten, die Partei des österreichischen Industriellenverbandes geworden sind. Dessen Vertreter, die Streerwoh und Weidenhoffer, sind die wirtschaftlichen Fachleute der Christlichsozialen geworden und der Grazer Bankpräsident Hintelen ist der christlichsoziale Amvokat auf den Bundeskanzlerposten. Wir sind in der Tschechoslowakei gewöhnt, die Fortentwicklung der Klassen und Klassengegenstände am Ausland zu studieren, der nationale Gegenstand hat die soziale Entwicklung bei uns lange verschleiert. Über der Kapitalismus steht auch bei uns nicht still, und die Folgen der sozialen Weiterentwicklung nach dem Kriegetreten auch bei uns ins Licht. Wie im tschechischen Volk die Entwicklung vom Kleinbürgertum zur Großbourgeoisie sich manifestiert in der Geschichte der tschechischen Politik vom fortschrittlichen, radikalen Jungtschechismus zur Zinobank-Nationaldemokratie, so kapituliert auch das deutsche Kleinbürgertum in der Tschechoslowakei, nämlich in einer eigenen Politik, vor dem Kapital in Stadt und Land, und es beugt sich nicht nur dem deutschen, sondern auch dem tschechischen Kapital. Wie alle Kleinbürgerlichen Parteien

haben auch die deutschen Zollparteien die Kleinlandwirte und Häusler, die Kaufleute und Handwerker betrogen und verkauft. Ueber den zertrümmerten Existenzen

kleiner Gewerksleute, werden Großindustrie, neuer Landadel und Bankkapital triumphierend sich die Hände reichen.

## Caillaux's Finanzprojekt.

Ein Ermächtigungsgesetz bis 30. November. — Rationelle Verteilung der Steuerlasten. — Steuervorverteilung auf das Fünftache der Vorkriegszeit.

Paris, 16. Juli. Das Finanzprojekt der Regierung ist heute nachmittags veröffentlicht worden. Es enthält nur zwei Artikel. Durch den ersten Artikel wird die Regierung ermächtigt, bis zum 30. November d. J. auf dem Verordnungsweg alle Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, die finanzielle Wiederaufrichtung und die Stabilisierung der Währung zu verwirklichen. Der zweite Artikel besagt, daß diejenigen Beträge, welche fiskalische Maßnahmen betreffen, der gesetzgeberischen Ratifikation bei der Eröffnung der ordentlichen Session für 1927 unterworfen werden sollen, wobei sie durch die getroffenen Verfügungen als definitiv bestehend erachtet werden sollen.

Im Wortlautbericht versichert die Regierung vor allem, daß sie nichts unternehmen werde, was als eine Schwächung des parlamentarischen Rechtes gedeutet werden könnte. Es handle sich nur darum, rasch vorzugehen und einen Plan zu verfolgen, der keine Herabsetzung zuläßt.

Die geplanten Maßnahmen betreffen:

### I. Reformen fiskalischer Natur.

a) Eine rationellere Verteilung der bestehenden Steuerlasten, insbesondere eine höchstens 20prozentige Herabsetzung der Einkommensteuerlast, eine höchstens 50prozentige Herabsetzung der Ueberführungsabgabe, Abschaffung der Konversionssteuer, hingegen eine höchstens 20prozentige Erhöhung der Steuerlast für die einzelnen Posten der Einkommensteuer, Zuerkennung von definitiven Uebertragungen bei der Bemessung der Gewinsteuer für Handel und Industrie, eine Revision der Abschätzungen für unbedeutenden Bodenbesitz, Abänderung der Ackerbauernsteuer, Abschaffung des Kuponschests, basirte auf Verschärfung der Kontrolle durch die fiskalische Verwaltung, Vereinfachung der Ein-

hebungsmodalitäten für die Einkommensteuer, Schaffung von Ergänzungseinnahmen.

b) Anpassung gewisser Ansätze an die entwertete Währung, wobei das Fünftache gegenüber den Ansätzen vor dem 31. Juli 1914 nicht überschritten werden darf. Diese Erhöhung bezieht sich vor allem auf die indirekten Steuern sowie auf die Post- und Telegraphengebühren. Bezüglich der Zukerabgabe wird die Regierung den Koeffizienten 4 nicht überschreiten. Bezüglich der Warenumschlagsteuer wird der Ansatz für inländische Produkte und Einfuhrgegenstände, welche nicht Luxusware sind, auf 2 Prozent verallgemeinert. Für die Ausfuhr wird die Steuer mit 1,3 Prozent vermindert. Auch eine Erhöhung der Verkehrssteuern für Eisenbahnen und Autotransporte ist vorgesehen.

### II. Reformen betreffend den Staatshaushalt.

Die Schaffung einer Verwaltungskasse für die Nationalverteidigungsbonds, welche maximal 40 Milliarden Bonds verwalten soll, wobei der Umlauf der Bonds verbleibend 5 Prozent überschreiten darf. Die Ausgabe für gewöhnliche Schatzanweisungen wird auf fünf Milliarden begrenzt, ferner Maßnahmen zur Konsolidierung und Konversion der kurzfristigen Bonds. Dingen können Levisen an die französische Bank überführt werden. Weiter Einkaufsmöglichkeiten für Goldmünzen zu einem festgesetzten Kurs und Beschaffung der nötigen Anleihen. Schließlich wird eine Erhöhung der Beamtengehälter vorgesehen.

Der dritte Absatz betrifft Sparmaßnahmen in wirtschaftlicher Hinsicht, z. B. Ausfuhr- und Einfuhrverbote, Anpassung der bestehenden Zollsätze an die Engrospreise.

## Niederlage im Finanzausschuß.

Paris, 16. Juli. Der Finanzausschuß der Kammer nahm heute ein Exposé Caillaux's entgegen. Dieser wies u. a. darauf hin, daß es notwendig sei, noch vor den Ferien das Schuldenabkommen mit England und Amerika zu ratifizieren, damit er die Verhandlungen über die außerordentlichen Kredite einleiten könne. Der Finanzausschuß hat mit 15 gegen 10 Stimmen, bei 18 Stimmenthaltungen beschlossen, in die Diskussion der beiden Gesetzesartikel einzutreten. Caillaux erklärte u. a., er erwarte in der nächsten Zeit eine Zuschrift des amerikanischen Schatzamtes, in der bekanntgegeben wird, daß die Vereinigten Staaten die Klausel über die Kommerzialisierung der Schulden nicht in Anwendung bringen werden.

Paris, 16. Juli. Die Verhandlungen im Finanzausschuß der Kammer gestalteten sich gleich

vom Anfang an schwierig. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß die Vollmachten für die Regierung eine Beschränkung erfahren sollten, wogegen der Finanzminister in seinen Darlegungen auf vollkommener Freiheit beharrte. Der Ausschuß hat nach langer Debatte mit nur 8 Stimmen gegen 6 Stimmen bei 16 (!) Stimmenthaltungen einen Antrag des Generalbevollmächtigten angenommen, welcher besagt, daß die Regierung bis zum 30. Dezember d. J. ermächtigt wird, durch Dekrete, welche vorher vom Ministerrat durchberaten werden und bewilligt worden sind, Verfügungen zu treffen, um die Finanzreform und die Stabilisierung durchzuführen, in Uebereinstimmung mit Verfügungen, welche in einem eigenen Anhang aufgezählt werden. Die Regierung hatte sich gegen diesen Text ausgesprochen.

## Butter auf dem Kopf.

Das bayerische Justizministerium gegen den Gemeindeforsch.

Berlin, 16. Juli. (Eigenbericht.) Der Gemeindeforschungsausschuß des Reichstages hatte beschlossen, seine nächsten Sitzungen in München abzuhalten, um dort eine größere Reihe von Jungen zu vernichten. Dies ist der bayerischen Regierung außerordentlich unangenehm. Der bayerische Justizminister hat jetzt ein Rundschreiben an die Präsidenten der Oberlandesgerichte erlassen, in dem verlangt wird, daß er erst in Kenntnis gesetzt werden soll, wenn der Untersuchungsausschuß um die Ueberführung von Akten ersuche oder Beante zur Einberufung vorlade. Das bayerische Justizministerium will sich also ein Kontrollrecht darüber sichern, welches Material dem Untersuchungsausschuß vorgelegt werden soll, und will dem Ausschuß offenbar nur die Akten zur Verfügung stellen, welche der bayerischen Regierung geeignet erscheinen, ein offenkundiger Beweis, daß die bayerische Regierung ein heimliches Sündenregister auf dem Kerbholz hat.

## Der kantsgefährliche Panzerkreuzer Potemkin.

Berlin, 16. Juli. (Eigenbericht.) Die Reichsoberkommando veröffentlichte heute die „Gründe“, die zu dem Verbot des Films „Panzerkreuzer Potemkin“ geführt haben. Man erfährt daraus, daß der Film geeignet sein soll, durch Unterhöhlung der Machtmittel des Staates dessen Bestand zu gefährden. Zu diesen Machtmitteln gehören Heer, Marine, Polizei und Beamte, die Stützen jedes Staates sind und keineswegs nur des monarchistischen. Die Unterhöhlung einer dieser Stützen bedeutet schon eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Wenn auch die bisherigen Aufführungen nicht zu Unruhen geführt hätten, so könne die Sicherheit des Staates auch anders als durch augenblickliche Unruhen gefährdet werden.





Devisenkurse.

Prager Kurse am 16. Juli.

Table with 3 columns: Currency, Rate, and another Rate. Includes entries like 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, etc.

Ausland.

Sozialistische Anträge im amerikanischen Kongress.

J. J. Der „Vorwärts“, das deutsche sozialistische Wochenblatt von Milwaukee, dem Wahlbezirk des einzigen sozialistischen Abgeordneten im amerikanischen Kongress, Genossen Viktor L. Berger, kommt in einem Aufsatz vom 19. Juni auf seine große Rede und seine besondere Stellung im amerikanischen Parlament zu sprechen.

Die Aussperrung der Egerer Bauarbeiter.

Unerhörte Provokation der Unternehmer: Montag Arbeitsaufnahme mit Nichtorganisierten.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Karlsbad hat einen neuen Klotz an die Unternehmer hinausgegeben. Montag, den 19. d. M. wird die Arbeit im Egerer Handelskammerbezirk wieder aufgenommen, jedoch nur mit Unorganisierten und allen jenen, die wohl irgendwo organisiert, jedoch nicht Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Bauarbeiter in Prag sind.

Der Arbeitgeberbund glaubt scheinbar dadurch nicht bloß den Kampf unmöglich zu machen, sondern auch die Organisationen zu zerstören. Die Mitglieder derselben haben sich nach den erhaltenen Weisungen zu richten. Wird strenge Disziplin gehalten, dann wird sich bald zeigen, daß auch der Uebermut der westböhmischen Bauunternehmer gedämpft werden kann.

Bauarbeiter Westböhmens, zeigt Euch des großen Kampfes würdig!

Deutscher Bauarbeiterverband.

Tagesneuigkeiten.

Der Spießer und die Sozialversicherung.

Unschwellig humoristische Beiträge.

In der Bezirksversicherungsanstalt Trautau sind unter anderem folgende Briefe zur Sozialversicherung eingelangt, die wir zur Belustigung der Arbeiteröffentlichkeit in der ursprünglichen Orthographie und mit allen Stillblättern abdrucken:

P. I. Am 1. diesen Monats erhielt mein Meister die zulebende der Sozialversicherung, in welche ich aber durchaus nicht einzahlen werde und auch nicht verpflichtet bin dazu. 1. Habe ich so etwas garnicht notwendig da ich soviel Selbstbeherrschung besitze und mir selber einen Zehrpennig auf mein Alter zurücklege.

Ich unterzeichne Mich Hochachtungsvoll (folgt Unterschrift.)

An die Bezirks-Krankenversicherungs-Anstalt in Trautau.

Ich teile Ihnen höflich mit, daß ich meinen Gehälten in der Sozialversicherung auf keinen Fall anmelde. Falls es zwangsweise geschieht, muß ich denselben sofort aus der Arbeit entlassen, ich habe ohne dies große Zahlungen, und mit den Steuern abelastet ist. So schnell jemanden in eine Versicherung Anmelden, ohne das man eine nähere Aufklärung hat.

zeichne ich (folgt Name.)

An die Bezirksversicherungsanstalt in Trautau.

Auf Ihr Schreiben von 1. Juli 1926 wegen der Sozialen Versicherung gebe ich meine Antwort bekannt, daß ich mir auf keinen Fall mein Brot durch diese Besch. vertreiben lasse. Im Falle daß ich meinen Posten verliere wird mich wahrscheinlich die Versicherungs-Anstalt erhalten, oder mit einem anderen Posten verschaffen mit 35 Kr Wochenlohn brauch ich keine Bg. Da müßt ich ja die 35 Kr für Krankentassa u. Versicherung haben. Ferner gebe ich meinem Meister ganz recht daß er mich aus der Arbeit entlassen will wenn er noch die Hälfte Versicherungs Beitrag zahlen muß denn es sind ja schon soviel Steuern daß er verrißt werden muß. Und überhaupt in eine Soziale Besch. schon gar nicht, da ich kein Sozialdemokrat bin, die Gewerbetrententassa in Kraft und da brauchen wir keine Soziale Versicherung.

(folgt Name und Beruf.)

Höhere Aufklärung über diese Spießer (deren Namen wir aus „Selbstbeherrschung“ zurückhalten) ist wohl nicht nötig. Die braven Christen brauchen wirklich keine „Besch.“, sie kommen mit einem Armutszugnis über geistige Beschaffenheit vollständig aus.

Eine große Kundgebung gegen die deutschen Zollparteien

fand am Mittwoch abends in Astrohau statt. Es war eine gewaltige Versammlung und das Refekt des Abg. Gen. de Witte, das in einem Aufruf zur Einigung aller Arbeiter und Arbeiterfrauen in der sozialdemokratischen Partei ausklang, wurde mit minutenlangem, stürmischem Beifall aufgenommen. Es sprach sodann der zur Versammlung eingeladene Vertreter der Hausbesitzervereine, Herr Panenka, der sich gegen das neue Bauförderungs-gesetz aussprach und zum — gemeinsamen Kampfe der Arbeiter und Hausbesitzer gegen dieses Gesetz aufforderte. Gen. de Witte ergänzte die Ausführungen des Herrn Panenka dahin, daß er über die Bestrebungen der Hausbesitzervereinigungen alles das mitteilte, was Herr Panenka zu sagen wohlweislich unterlassen hatte. Er schloß damit, daß nur der Sieg der Arbeiterklasse den Menschen in diesem Staat Brot und Obdach sichern könne und daß

deshalb alles daran gesetzt werden müsse, diesen Sieg herbeizuführen. Eine Resolution, in der den sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren für ihr tatkräftiges Wirken im Interesse des Volkes der Dank ausgesprochen wird und in der es weiter als die Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterfrauen erklärt wird, den schärfsten Kampf gegen die Christlichsozialen, Landbändler und Gewerdeparteiler zu führen, fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende, Genosse Stohwasser, schloß hierauf mit einem neuerlichen Aufrufe an alle, von Stufe zu Stufe die Agitation für die sozialdemokratische Partei aufzunehmen, die im folgende Versammlung.

„Ein aller Beschreibung spottender Kampf“

Nämlich im Innern der Österreichischen nationalsozialistischen Partei.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht folgendes „vertrauliche“ Rundschreiben aus der Partei der Dolentzucker, das den besten Begriff davon gibt, wie es im Innern nationalsozialistischer Organisationen zugeht:

„Strenge vertraulich! Strenge vertraulich! Persönliche Mitteilung!“

Es ist ein trauriger Anlaß, der mich zu diesem vertraulichen Briefe an Sie zwingt. Ich richte ihn in der Voraussetzung an Sie, daß Sie den ersten Willen haben, sich vorurteilsfrei mit Fragen der völkischen Jugendbewegung auseinanderzusetzen. In der letzten Zeit hat sich der Kampf zwischen verschiedenen völkischen Gruppen unheimlich verschärft. Anstatt den Erbfeind, das Judentum und den Internationalismus, gemeinsam zu bekämpfen, wenden diese Gruppen nimmere ihre ganze Kraft dazu auf, sich gegenseitig zu vernichten. Von einem Vordringen gegen die Feinde unseres Volkstums ist überhaupt keine Rede mehr. Das Herz jedes wirklich national Fühlenden krampt sich zusammen, wenn man sieht, daß nun auch die völkische Jugend von diesen „Führern“ in den Strudel der Meinliden, meist persönlichen Gegenseite hineingezerrt wird. Ich will Ihnen Beweise geben. Gleichzeitig mit der starken Gruppe der Nationalsozialisten, die unter Führung Hr. Zuchanek-Zuchemwirts und Lohmanns aus der Nationalsozialistischen Partei austraten, verließen auch zahlreiche Jugendlinge die von Adolf Bauer geführte Jugend dieser Partei und gründeten einen neuen Jugendbund unter dem Namen „Hitler-Jugend“. Zwischen dieser Hitler-Jugend und der Bauer-Jugend tobt nun ein fast aller Beschreibung spottender Kampf. Um nicht in den Verdacht der Parteilichkeit zu kommen, zitiere ich wörtlich einige bezeichnende Stellen.

Im „Österreichischen Beobachter“, dem Blatte der Hitler-Bewegung (Nummer vom 17. Juni), wird die Bauer-Jugend mit Ausdrücken wie „Strauchritzer“ und „Kadavertücher“ bezeichnet. Ihre Vorgesetzten wird „eine unerhörte Frechheit“, ihre Führer „gewissenlose Traghieser“ genannt. Weiter wird festgestellt, daß sich „Komunisten in gegnerischen Versammlungen anständiger benehmen wie die eigenen Parteigenossen“. Das Beginnen der Bauer-Jugend wird von Parteigenossen, die es doch wissen sollten, „schäbig“ genannt, die „Erziehungsarbeit als negativ erlangt („Österreichischer Beobachter“ vom 24. Juni d. J.). Wir widerstrebt es wirklich, weitere Fälle anzuzählen. Die Gegenseite bleibt auch nicht schuldlos. Versammlungssprengungen, Verleumdungen sind an der Tagesordnung. Es ist wirklich kein Wunder, daß der ruhigere und erstere Teil der deutschen Jugend mit wachsender Empörung dieses Treiben verfolgt. Die Jugend, die nicht genauer unterrichtet ist, und sich in dem Wust der völkischen Gruppen nicht mehr auskennt, schüttert vielfach das Kind mit dem Bade aus und sagt sich überhaupt vom völkischen Gedanken los. Schon streckt der rote und der schwarze Internationalismus gierig seine Hände aus, und nicht gering ist die Zahl derer, die ihm in die Hände gehen. Noch mehr Jugendliche halten zwar am völkischen Gedanken fest, entziehen sich aber jeder politischen Schulung und gehen so für das politische Geschehen der Zukunft doch noch verloren.

Ich glaube nur meine völkische Pflicht zu erfüllen, wenn ich auf diese große Gefahr hinweise. Ich hoffe dadurch dazu beizutragen, daß sich die gesamte völkische Jugend einmütig von einer solchen Führung auch geistig löst, die zwar immer von „Taten“ redet, bisher aber nichts als Stillblättern in

gegenseitiger Beschimpfung, Streit und Zank unter den Gesinnungsgenossen zustande gebracht hat.

Ich bin überzeugt, daß Sie mit mir der Meinung sind, daß, wenn nicht bald Wandel geschaffen und die Einigkeit hergestellt wird, die die Vorbedingung für den weiteren Bestand der völkischen Bewegung überhaupt ist, keiner zurückstehen darf und die volksbewußte Jugend zum Handeln aufgerufen werden muß. Lassen Sie mich hoffen, daß dies nicht notwendig sein wird. Halten Sie sich aber bereit, wenn Sie zur befreienden Tat gerufen werden müssen.

Mit deutschem Gruß und Handschlag  
Ihr  
Karl Theo Duffik,  
Wien 1., Tuchlauben Nr. 3.

Schade um jedes kommentierende Wort, das den Eindruck dieses authentischen Beweises über die Zustände in diesem Zustand doch nur abschwächen könnte. So viel aber sei dennoch gesagt, daß dieses Konterfei der österreichischen Jungpolenbewegung zugleich auch eine ungefähre Vorstellung von den Verhältnissen in der sudetendeutschen nationalsozialistischen Partei und Jugendbewegung gibt. Man muß wirklich jeden Arbeiter nicht nur politisch, sondern auch moralisch bedauern, der in die Hände dieser Gesellschaft gerät.

Wir versprechen den Redakteuren des „Tag“, je ein Duzend neuer brauner Hiltzerhunden, wenn sie ihren Lesern dieses Postwurms aus der Wiener Dolentzuckerpolke vorsetzen!

Amundsens Heimkehr nach Oslo.

Oslo, 15. Juli. Roald Amundsen und sein Gefolge wurden heute nachmittags, als sie bei strahlendem Wetter an Bord des Dampfers ankamen, in herzlicher Weise empfangen. In Parzellen fuhren die Polarforscher zur Landungsbrücke, wo ein Empfangspavillon errichtet worden war. Hier entbot ihnen der Präsident des Storting Nambei den Willkommen. Amundsen dankte sichtlich bewegt. Viele Tausende von Menschen hatten sich in den Straßen und am Hafen angesammelt. Nach dem Empfang auf der Brücke fuhren die Polarforscher durch die reichgeschmückten Straßen, überall jubelnd begrüßt, zum Schloß. Dort wurden sie vom Könige und dem Kronprinzen begrüßt. Amundsen gab dem König die Flagge zurück, die der König und die Königin Amundsen anlässlich seines Polarfluges übergeben hatten. Der König überreichte dem Kapitän Wisting das Kommandantenkreuz des St. Olaf-Ordens und den übrigen Teilnehmern das Ritterkreuz dieses Ordens. Zum Schluß fuhren die Polarforscher nach dem Grand Hotel, überall von den Menschenmassen begeistert begrüßt. Im Laufe des Nachmittags mußten sie sich immer wieder auf dem Balkon des Hotels zeigen, um die Entzückungen der Menge entgegenzunehmen. Am morgigen 14. Geburtstag Amundsens wird in der Altershustung ein Volksfest veranstaltet werden, auf dem Friisof Ransen die Festrede halten wird.

Einheitsbrot in Belgien.

Im Gefolge der Frank-Stützungsaktion. Brüssel, 16. Juli. Im Ministerrat wird ein Antrag für die Schaffung eines einheitlichen neuen Typus für die Broterzeugung unterbreitet werden. Die Einfuhr anderer Mehlgattungen wird unterlagert, die Ausfuhr von einheimischen Feldfrüchten ab 1. August verboten.

Tod in der Grube.

Berlin, 16. Juli. Auf der Zeche Friedrich Heinrich in Hainp Linfort ereignete sich bei einer Sprengung eine Explosion, durch die zwei Bergleute getötet wurden.

Sozialer und kultureller Notstand der ostböhmischen Bevölkerung drückt sich in einem Bericht aus, welcher das Ergebnis eines Jahres schulärztlichen Dienstes in den Trautauener Volks- und Bürgerschulen ist. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Kinder-Krankheiten in Trautau erschreckend hoch ist und vor allem auf die schlechten, ungesunden Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse zurückzuführen ist. Wir nennen hier nur wenige Zahlen, die an Deutlichkeit zeigen, wie groß das Elend ist, in dem wir leben. Ein Drittel aller Kinder, welche die Trautauener Volks- und Bürgerschulen besuchen, ist blutarm, von 1400 Kindern leiden 841 an schlechten Zähnen, 803 an einer schlechten Haltung, 165 an Rachitis, 183 sind sehr stark mit Ungeziefer behaftet. — Natürlich sind das weder Kinder landbändlerischer Großbauern, noch christlichsozialer Hausbesitzer, noch waderer Fleischermeister und Gastwirte. Aber gerade diese Gesellschaft trägt die Hauptschuld, wenn die leibliche und kulturelle Not der Arbeiter und ihrer Kinder, nicht nur in Ostböhmen, nimmere von Woche zu Woche noch wachsen wird!

Ein neues überflüssiges Staatsamt.

Unter diesem Titel bringt das „Narodni Osvobodeni“ die Meldung, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten dem Ministerrat einen Entwurf auf Erziehung einer „Zentraleinkaufsstelle für Heizmaterial“ für alle staatlichen Kiemer in Prag vorgelegt werde. Das Blatt weist mit Recht darauf hin, daß es in der Zeit der Restriktion eine starke Zumutung sei, ein neues staatliches Amt zu errichten, das völlig überflüssig ist, und fordert demgegenüber die Liquidierung der staatlichen Kohlenlager, die ohnedies passiv sind.

Genossen! Ihr müsst un-  
ausgeseht für  
die Verbreitung unserer Zeitung agitieren  
Seht euch überall für unsere Parteipresse  
ein. In das Heim des Arbeiters gehört die  
Arbeiterpresse. Darum,  
Genossen u. Genossinnen agitiert



Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.



Ganz erfrischt werden Sie sich nach einigemal Gebrauch des altbekannten, in Qualität einzig dastehenden MENTHOL-FRANZBRANNTWEIN ALPA

fühlen. Verwendet denselben zu Umschlägen, bei hartnäckigen Fällen unverdünnt und sehr bald kehrt Ihre Energie und Lebenslust zurück.

ALPA

Laßt Euch jedoch keinen anderen verabreichen, als den einzig echten ALPA

ALPA

dessen gesetzl. gesch. Name volle Bürge leistet, daß Sie unter allen Marken, die allerbeste erhalten.

Überall erhältlich! — Preis Kc 5.—

Kleine Chronik.

Kinovorstellungen für Geisteskranke. In England hat man den Versuch gemacht, die geisteskranken Insassen einer bestimmten Anstalt, soweit es ihr Zustand zuläßt, einmal wöchentlich ins Kino zu führen.

Das Hamburger Heine-Denkmal von Hugo Lederer, das bisher in der Hamburger Kunsthalle den Augen des Publikums verborgen geblieben war, soll jetzt endlich durch Aufstellung im Hamburger Stadtpark der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Eine tschechische „Wunderquelle“. Nach einem Berichte der „Krasná Gajeta“ in in Moránskoj Balza im Tschier Arzelle ein gewisser Toma Saliba aufgetreten, der sich als Heiliger und seine Gefährtin als Gottesmutter ausweist.

Der Film.

Rund um Potemkin. Es gibt wohl in der letzten Zeit keinen einzigen Film der gesamten Weltproduktion, der ein solches Aufsehen gemacht hätte, wie der Film „Der Panzerkreuzer Potemkin“ des genialen, erst dreißigjährigen russischen Regisseurs Eisenstein.

„chiselt.“ Diese ganze Machination heißt mit guten deutschen Worten: Das schändliche Bürgerturnen will sich in seiner Ruhe nicht stören lassen.

Die Kreuzer-Sonate, der bekannte Roman von Graf Leo Tolstoi, wird in Prag von Gustav Machaty verfilmt werden.

Paris amüsiert sich. Im Jahre 1925 wurden in Paris 408 Millionen franks an Vergnügungssteuer gezahlt.

Der reichsdeutsche Antischimmel filmfreundlich! Es hört sich fast wie eine wohlklingende Zeitungsentee an: Im Auftrag preussischer Ministerien, unter finanzieller Hilfe des Auswärtigen Amtes, hat der Deutsche Bund Heimatschutz die Herstellung eines großen Deutschlandfilms begonnen.

Jelmit verfilmt „Die Weber“. Die Friedrich Jelmit-Filmgesellschaft hat das Bühnenstück „Die Weber“ von Gerhard Hauptmann zur Verfilmung erworben.

Ein Mormonen-Film. James Cruze, der selbst von Mormonen abstammt, wird für Paramount einen Film über die Geschichte der Mormonen und ihre Wanderung nach Utah drehen.

Eugenie Dussol beschreibt sich dem Film. Eugenie Dussol, die Darstellerin der Marfalkin im „Rosenkavalier“-Film, hat, wie es verlautet, die „Comedie Francaise“ verlassen, um sich ganz dem Film widmen zu können.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Sonntag „Der Freischütz“. Sonntag „Die Terefinia“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag „Theodor u. Cie“. Sonntag „Der Fisch im Ohr“. Montag „Nidel und die 36 Gerechten“.

Bereitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riechner. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien. Direktion für die tschechoslowakische Republik. ampfehlst sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Transport-, Pferde- und Vieh-Versicherungen zu kulanten Preisen.

Volkswirtschaft.

An alle Bauarbeiter des Egerer Handelsammerbezirkles.

Samstag, den 10. d. M., hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Karlsbad die Ausherrung dekretiert. Die Bauarbeiter wurden entlassen. Alle Entlassenen, welche den Kündigungsausschluß mit ihrem Arbeitgeber nicht vereinbarten, werden ersucht, sich sofort unter Angabe ihrer genauen Adresse sowie der des Unternehmers, bei welchem sie beschäftigt waren, bei den Ortsvertrauensmännern des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu melden.

einzufinden. Sofern Unternehmer die bestellten und eingefundenen Arbeiter am 19. d. M. nicht aufnehmen ebendfalls bei oben angegebenen Stellen zu melden. Die Vertrauensmänner werden ersucht, die Adressen sofort an den Verbandsvorstand einzufinden.

Turnen und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband

Leichtathletische Wettkämpfe, Spiel, Schwimmen. Am 28. und 29. August l. J. findet in Rodden der Erste Bundessporttag des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes statt. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit ist zu ersehen, daß sich auch Leichtathletik und Spiele, sowie das Schwimmen im Arbeiter-Turn- und Sportverband kräftig entwickelt.



Onkel Bobby's

10000.-Kc

Weltreise ist beendet. Zurückgekehrt begrüßt er alle Hausfrauen auf das Herzlichste. — Wie in anderen Ländern, so will er auch hier das Vorurteil gegen Margarine bekämpfen.

Table with 2 columns: Price per unit and Total units. 2 Preise à 500 Kc = 1000 Kc, 5 Preise à 200 Kc = 1000 Kc, 20 Preise à 100 Kc = 2000 Kc, 200 Preise à 30 Kc = 6000 Kc, Total 10000 Kc.

Jedes Rezept muß praktisch erprobt sein (also keine Abschrift aus einem Kochbuche), muß die Verwendung de:

VITELLO

zeigen und muß die genaue Anschrift der Einsenderin tragen. Außerdem muß der Einsendung als Beweis, daß zum Backen oder Braten Vitello verwendet wurde, eine leere Vitello-Packung beigelegt werden.

1. September 1926.

Die eingesandten Rezepte werden von Kochlehrerinnen beurteilt. Rezepte, die

Preise

erhalten, sollen zu einem Kochbuch vereinigt werden.

Alle Einsendungen sind zu richten an: Onkel Bobby im Hause „Centra“ Akt. Ges. Tetschen a. E.

VITELLO